

Zürich, 9. Januar 2024

Argumentarium zur Umweltverantwortungsinitiative

Am 9. Februar 2025 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» ab. Die Jungen Grünen lancierten die Initiative und Grüne, SP und Umweltorganisationen unterstützen sie. Der Bundesrat und das Parlament empfehlen die Initiative abzulehnen.

1. Was will die Initiative?

Die Initiative fordert:

Wirtschaftliche Tätigkeiten dürfen **nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben**. Dies betrifft die Bereiche Klimaveränderung, Biodiversitätsverlust, Wasserverbrauch, Bodennutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag. Die Umsetzungsfrist beträgt **10 Jahre**. Danach darf die durch den Konsum in der Schweiz verursachte Umweltbelastung die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten. Sowohl im Inland wie auch im Ausland muss die Sozialverträglichkeit berücksichtigt werden.

→ [FAQ zu planetaren Grenzen](#)

2. Was wären die Konsequenzen?

Staatliche Eingriffe, die die Gesellschaft und Unternehmen treffen

Das in der Initiative geforderte Ziel ist äusserst ambitioniert und der Zeitrahmen zur Umsetzung sehr knapp. Um die darin enthaltenen Forderungen umzusetzen, müssten der Bund sowie die Kantone strikte Regulierungen und umfassende Lenkungsmaßnahmen einführen. Konkret hiesse dies mehr Vorschriften, Verbote und Abgaben. Davon wären alle Privatpersonen und Unternehmen in der Schweiz betroffen. Denn egal, ob es um Heizen, Lebensmittel oder Transportmittel geht, der Konsum in all diesen und etlichen weiteren Bereichen müsste drastisch reduziert und somit reguliert, teils verboten oder massiv verteuert werden. Die Initiative würde zudem die Produktion von Baumaterial stark einschränken und gefährdet damit Arbeitsplätze und Industrien in unserer Branche sowie die Versorgungssicherheit mit Baumaterial, wodurch die Bautätigkeit begrenzt und die Kosten erhöht würden.

Massive Konsumreduktion, die zu Wohlstandsverlusten führt

Der Bundesrat warnt vor den Auswirkungen, die eine Annahme der Initiative zur Folge hätte. Denn damit sich die Schweiz innerhalb der planetaren Grenzen bewegen würde, wären besonders in den Bereichen Mobilität, Ernährung und Wohnen grosse Verzichte nötig, um den Ressourcenverbrauch

und die Schadstoffe so schnell und so drastisch zu reduzieren, wie es die Initiative vorsieht. Mit der Konsumreduktion würden ein Rückgang der Wirtschaftsleistung und Wohlstandsverluste einhergehen.

Hohe Kosten, k(l)eine Wirkung

Selbst wenn die Schweiz die Forderungen der Initiative unter enormen Anstrengungen, erheblichen Kosten und weitreichenden Verzichten umsetzen könnte, bliebe die globale Wirkung minimal. Es stellt sich die Frage, ob die Schweiz als führender Bildungs- und Forschungsstandort nicht einen wirkungsvolleren Beitrag für den Planeten leisten kann, indem sie Innovationen und nachhaltige Technologien vorantreibt, anstatt sich durch Konsumverzicht und Wohlstandsverluste selbst zu schaden.

3. Wie positioniert sich die Bauwirtschaft?

Ja zu Nachhaltigkeit

Die Schweizer Bauwirtschaft bekennt sich zur Nachhaltigkeit. In unserem [Positionspapier](#) «Nachhaltiges Bauen und Bewirtschaften» erläutern wir, wie sich die Branche gemeinsam dafür einsetzt. Die Bauwirtschaft unterstützt u.a. Massnahmen und Ziele um

- das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen;
- die Kreislaufwirtschaft zu fördern, um zirkulär und ressourcenschonend zu bauen;
- möglichst energie- und emissionsarm zu bauen, bewirtschaften und Material zu produzieren;
- den Gebäude- und Infrastrukturpark zu sanieren und energieeffizienter zu machen.

Die Bauwirtschaft hat gerade mit letzterem massgeblich zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen in der Schweiz beigetragen. Denn diese haben sich seit 1990 halbiert, trotz einer heute viel höheren Wertschöpfung. Auch bei den Baumaterialien und Bauverfahren gibt es stetig Verbesserungen.

Nein zur Initiative

Es ist unbestritten, dass die Schweiz, so wie alle hochentwickelten Staaten weltweit, einen zu hohen planetaren Fussabdruck aufweist. Die Schweiz hat sich bereits ambitionierte Ziele gesetzt, beispielsweise in den Bereichen Klima und Energie mit dem Netto-Null-Ziel und Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien. Bauenschweiz unterstützte, wie auch das Schweizer Stimmvolk, sowohl das Klima- und Innovationsgesetz als auch das Stromgesetz, die diese Ziele festlegten.

Bevor noch grössere Ziele avisiert werden, gilt es die bereits beschlossenen gemeinsam zu erreichen. Ziele allein bringen nichts, sie müssen auch umgesetzt werden (können). Die vorliegende Initiative bietet keine realistische Lösung und geht viel zu weit, da sie nicht ohne gravierende wirtschaftliche Folgen und Eingriffe in die persönlichen Freiheiten umgesetzt werden kann. Aus diesen Gründen lehnt Bauenschweiz die Initiative ab.

4. Weitere Informationen

Botschaft des Bundesrats

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-99633.html>

Überblick des UVEK

<https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/abstimmungen/umweltverantwortungsinitiative.html>

Ja-Kampagne

<https://www.umweltverantwortung.ch/>

Nein-Kampagne

<https://nein-zu-konsumverboten.ch/>

Argumentarium Klimagesetz

https://www.bauenschweiz.ch/wAssets/docs/politik/Bauenschweiz_KIG_Argumentarium-Fokus-Bauwirtschaft_D.pdf

Argumentarium Stromgesetz

https://www.bauenschweiz.ch/wAssets/docs/politik/Bauenschweiz_Stromgesetz_Argumentarium-Fokus-Bauwirtschaft_D.pdf